

„Ein Aufgeben kann es für uns nicht gegeben“

Betroffene des „Radikalenerlasses“ bitten Landtagspräsidentin Aras um Unterstützung – Rückenwind spüren sie aus einigen Gemeinderäten

Von Sören S. Sgries

Heidelberg/Stuttgart. Seit bald zwölf Jahren kämpft eine Betroffengruppe in Baden-Württemberg dafür, dass das Leid, das sie infolge des „Radikalenerlasses“ in den 1970er-Jahren erlitten haben, anerkannt wird. Damals wurden unter dem Vorwand, vermeintliche „Verfassungsfeinde“ zu suchen, zahlreiche junge Menschen aus dem Staatsdienst gedrängt bzw. mussten teilweise zermürbende juristische Kämpfe durchstehen. Betroffene sprechen von „Berufsverboten“; unter denen sie zu leiden hatten. Rehabilitation und Entschädigung sind die Ziele. Getan hat sich, zumindest politisch, bislang wenig. „Ein Aufgeben kann es aber für uns nicht gegeben“, schreibt dazu Martin Hornung, ein Betroffener aus Eppelheim, der RNZ. Jetzt gehen sie den nächsten Schritt – und bitten Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) per Offenen Brief um deren Unterstützung.

Nötig wurde das, weil andere Schritte nicht den erhofften Erfolg brachten. Den Durchbruch hätte eigentlich schon das Jahr 2022 bringen sollen: Da legte eine Historikergruppe um den Heidelberger Professor Edgar Wolfrum eine über 600-seitige Untersuchung („Verfassungsfeinde im Land?“) vor. Aus Sicht der Betroffenen die lange geforderte Grundlage, um endlich die politische Rehabili-

tierung zu erfahren. Schließlich hatte auch Studienleiter Wolfrum im RNZ-Interview gesagt: „Persönliche finde ich, einem Land wie Baden-Württemberg würde kein Zacken aus der Krone brechen, wenn es seitens der Landesregierung eine Entschuldigung gegenüber den damals Betroffenen geben würde.“



Enttäuschender Termin: Betroffene im Februar bei Ministerpräsident Kretschmann. F.: dpa

Nur: Dazu kam es nicht. Stattdessen wurden Vertreter der Betroffenen am 8. Februar 2023 zu einem Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) nach Stuttgart eingeladen. Und kehrten dann enttäuscht aus der Villa Reitzenstein zurück. Von „Kretschmanns „Basta-Nein“ ist seither die Rede. Daran will die Initiative nun noch einmal rütteln.

„Wir bitten Sie und den Landtag, Ihren Einfluss auf Regierung und Ministerpräsident geltend zu machen und uns zu unterstützen“, heißt es in einem zweiseitigen Brief, den Christina Lipps als Sprecherin der „Berufsverbote“-Initiative an Landtagspräsidentin Aras geschrieben hat. Es gehe um die „Begleichung alten Unrechts“, heißt es in dem Schreiben. Und: „Wir wünschen uns für diejenigen unter uns, die damals zu Unrecht aus ihrer Lebensbahn geworfen wurden und nun in Altersarmut leben, dass wenigstens sie im Rahmen eines entsprechend gefüllten Fonds noch rechtzeitig entschädigt werden.“

Lipps macht auch Druck, dass zeitnah etwas geschehen müsse. „Wir Betroffene haben keine Zeit zu verlieren“, heißt es mit Verweis auf das durchschnittliche Lebensalter von rund 80 Jahren. In anderen Unterlagen der Initiative wird ein Betroffener zitiert mit dem Satz: „Wir geben erst auf, wenn wir in die Kiste gehen.“

Ob der neue Anlauf Erfolg haben wird? Im Februar hatte Kretschmann – selbst als junger Lehrer vom Radikalenerlass betroffen – jedenfalls recht rigoros abgewiegelt: Pauschale Entschädigungen seien mit ihm nicht zu machen, jeder Einzelfall müsse geprüft werden. „Und dafür gibt es im Rechtsstaat Gerichte, da muss man sich sein Recht erstreiten.“

Die Betroffenen registrieren aber eine Unterstützungsbewegung, die sich inzwischen aus den Kommunen ausbreitet. In Heidelberg, Mannheim, Konstanz und Tübingen hätten die Gemeinderäte bereits Beschlüsse gefasst, in denen Regierung und Landtag zu „Aufarbeitung, Entschuldigung und Rehabilitation“ sowie Einrichtung eines Entschädigungsfonds aufgefordert werden, schreibt Lipps an die Landtagspräsidentin. Auch in Freiburg werde ein entsprechendes Votum erwartet. Weitere Beschlüsse könnten in Stuttgart, Karlsruhe und Heilbronn gefasst werden.

„Alle genannten Beschlüsse wenden sich entschieden gegen Kretschmanns Basta-Nein“, so die Bewertung durch die Initiative. Und: Die kommunalen Grünen-Fraktionen hätten sich jeweils hinter die Anträge gestellt. Das zeige „wie sehr sich Kretschmann hier in der Minderheit auch seiner Partei befindet“, so die Einschätzung.

Ob Unterstützung auch von der grünen Landtagspräsidentin kommt, könnte sich mit ein bisschen Glück noch vor Weihnachten zeigen: Der Brief der Initiative sei Mitte letzter Woche eingegangen, erklärte ein Sprecher auf RNZ-Anfrage. Aktuell sei dieser „noch in der Prüfung“. Vielleicht, so die Auskunft, könnte sogar noch in dieser Woche eine Reaktion erfolgen.

RNZ 19.12.23

15 neue Publikationen

Vom Mittelalter bis in die Gegenwart

Geschichtsverein stellte Neuerscheinungen zur Stadtgeschichte vor / Von Manfred Bechtel

Erleneses Heidelberg“ lautet der Titel der Veranstaltung, zu der der Heidelberger Geschichtsverein alljährlich im Dezember einlädt. Im Blick stehen dann Publikationen mit Heidelberg-Bezug, die im Laufe des Jahres erschienen sind. Die Vorstandsmitglieder Claudia Rink, Martin Krauß und Petra Nellen hatten sich mit diesen Veröffentlichungen befasst und stellten sie im Kleinen Saal der Stadtbücherei vor.

> Unvergessen ist die Anwendung des „Radikalenerlass“ von 1972, besonders in Baden-Württemberg zu Zeiten des Kabinetts Filbinger. Darin involviert, wie in dem umfangreichen Band zu lesen, auch das Heidelberger DKFZ. In einer Fallstudie näher ausgeführt ist auch das Schicksal von Martin Hornung, der an der Pädagogischen Hochschule studiert hatte und Lehrer werden wollte. - Edgar Wolfrum (Hg.): Verfassungsfeinde im Land? Der „Radikalenerlass“ von 1972 in der Geschichte Baden-Württembergs und der Bundesrepublik, Göttingen, 684 S., 38 Euro.



Claudia Rink (l.), Martin Krauß, Petra Nellen vom Heidelberger Geschichtsverein stellten neue Publikationen mit Heidelberg-Bezug vor. Wer historisch Interessierte kennt, findet unter ihren Empfehlungen vielleicht noch ein Weihnachtsgeschenk. Foto/Repros: Manfred Bechtel

Landtagspräsidentin soll helfen

Die Betroffenen-Initiative wegen des Radikalenerlasses setzt jetzt auf die Parlamentspräsidentin: Muhterem Aras soll sich für ihre Anliegen einsetzen, so die Bitte. Mut machen Gemeinderäte. **> Südwest S. 28**

RNZ 19.12.23